

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden.
Verlagsredaktion: 25 241.
Kurs für Postgebühren: 20 O.T.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Anschlag 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamengröße 150 Pfg., außerhalb 300 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Wasser Aufträge wegen Vorabzahl.

Druck u. Verlag von Utepp & Reichardt in Dresden.
Postfach - Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit bewilligter Genehmigung der „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

F. Hermann Beeg A.-G. Dresden-A.

Reichhaltiges Musterlager! **Bade-, Wasch- und Klosett-Anlagen** Reichhaltiges Musterlager!

PETZOLD & AULHORN A.G.

Pea

SCHOKOLADEN - PRALINEN
SIND BELIEBT UND BEGEHRT

Café Hulfert

Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

„Eine Friedensoffensive großen Stils.“

Stresemanns Reichstagsrede. — Graf Westarp über die grundsätzliche Stellung zur Politik. — Französische Vorbehalte gegenüber der deutschen Note. — Bemerkenswerte Auslandstimmen. — Das Tabaksteuergezet im Ausschuss.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Die Erklärung, die Dr. Stresemann im Reichstage zur deutschen Antwortnote über die Sicherheitsfrage abgegeben hat, bildet eine Ergänzung der Note in dem Sinne, daß noch mehr in feierlicher Form vor versammeltem Parlament die Hoffnung auf einen gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen ausgedrückt, gleichzeitig aber auch in bestimmter und zweifelsfreier Weise die unverrückbare Grenze dessen festgelegt wird, was für Deutschland unannehmbar ist. Es geht nicht an, daß innerhalb der in Aussicht genommenen Schiedsgerichtsverträge der Sekundant zugleich als Schiedsrichter fungieren soll, wie es Briand in seinen Vorlesungen gewollt hatte. Frankreich hätte dann nach eigenem subjektiven Ermessen über die grundlegende Frage entscheiden können, ob Deutschland die von ihm mit den Mitteln geschlossenen Verträge verlegt hätte und wer als der Angreifer zu erachten sei. Ebenfalls hätte es auf Grund einer von ihm einseitig erlassenen Schuldigerklärung Deutschlands zu neuen territorialen und wirtschaftlichen Sanktionen greifen können. Das bedeutete also einen neuen Fallstrick und eine neue Schlinge für Deutschland, um es durch freiwillige Unterwerfung in eine Lage zu locken, in der es Frankreich noch weit über den Versailles Vertrag hinausgehende Rechte hätte einräumen sollen. Jede Möglichkeit derartigen Zumutungen ist durch die Regierungserklärung in Verbindung mit den klaren Feststellungen der Note im Keime erstickt worden. Wenn der Außenminister weiter in zurückhaltender Art der Genugtuung über die begonnene Klärung Ausdruck gab, so ist das gewiss zu verstehen, obwohl wir natürlich nicht vergleichen können und dürfen, daß es sich dabei nur um die allzu lange verzögerte Entschlüsselung eines schweren Nachschubs handelt. Dr. Stresemann verlebte denn auch nicht, neben der diplomatischen Ausrüstung seiner Redefähigkeit ernst darauf hinzuwirken, daß auch die Klärung der drei Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, für die er sich verbürgen zu können glaubte, noch nicht imstande sein werde, das Mißtrauen zu überwinden, das sich der deutschen öffentlichen Meinung infolge der Nichträumung der Aachener Zone zum vertragmäßigen Termin am 10. Januar 1925 sowie auf Grund unserer andauernden Nichtvernehmung im Punkte gemachter Zulagen seitens des Verbandes bemächtigt hat. Der Minister fügte hinzu, daß die vorhandenen Zweifel und Bedenken über die Ehrlichkeit der letzten Verhandlungsabsichten wieder aufs neue angefaßt würden durch die Art, wie man drüber die Entwaffnungsfrage behandle. Das ist eine deutliche Aufforderung an den Verband, auch hier den Weg zu einer Verständigung durch unverzügliche Vereinigung des Grund und anderer Nichtvernehmung im Punkte gemachter Zulagen seitens des Verbandes bemächtigt hat. Der Minister fügte hinzu, daß die vorhandenen Zweifel und Bedenken über die Ehrlichkeit der letzten Verhandlungsabsichten wieder aufs neue angefaßt würden durch die Art, wie man drüber die Entwaffnungsfrage behandle. Das ist eine deutliche Aufforderung an den Verband, auch hier den Weg zu einer Verständigung durch unverzügliche Vereinigung des Grund und anderer Nichtvernehmung im Punkte gemachter Zulagen seitens des Verbandes bemächtigt hat.

Im nationalen Interesse keine Möglichkeit, die zu einem wahren Frieden führen könnte, unangesehen bleiben. Deshalb fründen die Deutschnationalen der Politik des Gesamtkabinetts, soweit sie in der Note zum Ausdruck kommt, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, natürlich vorbehaltlich sachlicher Bedenken im einzelnen. Besonderer Nachdruck muß bei diesen Ausführungen des Grafen Westarp auf den Ausdruck „Gesamtkabinetts“ gelegt werden. Die erste Anregung zum Sicherheitspakt, das Aube-Memoire vom Februar dieses Jahres, war lediglich ein persönliches Vorgehen Dr. Stresemanns. Später, als sich die Erörterungen zuweilen, wurde dann auf deutschnationales Betreiben beschlossen, daß alle weiteren wichtigen Beschlüsse und Entscheidungen in dieser Frage durch die Autorität des Gesamtkabinetts gedeckt werden sollten. Die deutschnationale Unterstützung gilt also nur den Maßnahmen des Gesamtkabinetts, nicht etwaigen persönlichen Schritten Dr. Stresemanns. Ueber der gesamten deutschnationalen Haltung aber schwebt als Leitstern die völlige Befreiung des Rheinlandes vom fremden Joch, ohne die auch der schärfste Sicherheitspakt kein eigentliches Ziel, die endliche Hebung der Versailles Vertragsfrage mit anderen Mitteln in einen wirklichen Frieden, nicht erreichbar kann. Auch darin hat Graf Westarp recht, daß der Welt, aus dem die neue Luftfahrtnote geboren ist, genau dem anderen Geiste gleicht, aus dem die Entwaffnungsdrangsalierungen hervorgegangen sind. Es wäre daher sehr erwünscht gewesen, wenn Dr. Stresemann auch hierüber ein Wort gesagt hätte. Besonders dankenswert ist es, daß Graf Westarp bei der Erörterung der Völkerbundfrage auch auf das bedauerliche sogenannte Untersuchungsprotokoll vom 27. September 1924 eingieng, das die militärische Völkerbundkontrolle regelt und bestimmt, daß die der Kontrolle unterworfenen Staaten, auch wenn sie Mitglieder des Bundes sind, nicht an der Kontrolle teilnehmen dürfen. Deutschland würde durch seinen letzten vorbehaltlosen Beitritt zum Völkerbunde auch alle Beschlüsse des Rates und der Bundesversammlungen unterschrittlich anerkennen als bindendes internationales

Recht, und damit auch das genannte Protokoll. Ein souveräner Staat kann sich aber nicht selbst so erniedrigen, und daher gehört die Befreiung der Untersuchungs-(Untersuchungs-) Klausel ebenfalls zu den Vorbedingungen, die erfüllt sein müssen, ehe Deutschland in den Völkerbund eintreten kann. Im Gegensatz zu dem Grafen Westarp, der in muster-gültiger Weise den nationalen Standpunkt mit diplomatischer Redlichkeit verband und für die deutsche Sache auf der gesamten Welt die gehobene Stimmung, indem er in übereifriger Verhandlungsbefähigkeit Deutschland sogar neue Opfer zumuten wollte, um nur auf Knoll und Fall ein Ergebnis zu erzielen. Dieser Eindruck wurde aber sehr rasch wieder verwischt durch die Ausführungen des vorkommlichen Redners, der sich Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen stellte. Im ganzen ergibt sich aus der Ausprägung schon heute die Gewissheit, daß die Außenpolitik des Gesamtkabinetts eine Wehrzeit hinter sich hat, die eine Gewähr dafür bietet, daß die Fortführung der Sicherheitsfrage nur auf einer Dis-kussionsgrundlage erfolgt, die den Kernpunkt der Sache, die Sicherheit Deutschlands, gebührend in den Vordergrund stellt. Es handelt sich nicht in erster Linie um die gar nicht bedrohte Sicherheit Frankreichs — die „deutsche Gefahr“ ist ja nur eine Legende —, sondern darum, daß das ent-waffnete, mitten unter waffenstarrten Nachbarn gelegene Deutschland in Wahrheit eines besonderen vertragmäßigen Schutzes gegen mögliche Vergewaltigungen bedarf. Das ist der eigentliche, tiefere Sinn der am 9. Februar 1925 begonnenen Aktion. Nur unter diesem Gesichtswinkel kann von deutscher Seite aus die ganze Frage betrachtet werden, und nur bei einer solchen Einstellung der Verhandlungen ist ein Ergebnis denkbar, das den deutschen Belangen voll gerecht wird und damit zugleich für ganz Europa einen wirklichen Frieden garantiert. So und nicht anders ist das von Dr. Stresemann geprägte Wort zu verstehen, daß Deutschland mit seinem Sicherheitsangebot eine Friedensoffensive großen Stils begonnen hat.

Die politische Aussprache im Reichstag.

Berlin, 22. Juli. Der Reichstag begann heute die große außenpolitische Aussprache, die bekanntlich ein von den Parteien lebhaft umschriebenes Objekt betrifft. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erhielt der Reichsaußenminister Stresemann das Wort.

In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai, so führte der Minister aus, habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu der Frage der Sicherheit dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Folgerungen gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Die Vorklärung, mit der ich unsere Antwort an Frankreich erfolgt ist, ist ein Beweis für unsere aufrichtigen Willen, an der Lösung der Frage ehrlich mitzuarbeiten. In der französischen Note ist bereits der Versuch gemacht worden, konkret auf das Problem des Sicherheitsvertrages einzugehen. Wir mußten an den aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen. Nur durch eine sachliche Darlegung unserer großen Gedanken konnte die Lösung des Problems weiter gefördert werden. Nachdem nun der Gesamtkomplex der Diskussion schließt, darf man den Stand der Erörterungen vielleicht in folgende Punkte zusammenfassen:

Das Ziel der Erörterungen ist der mit Deutschland zu schließende Pakt.

Welche Mächte sich daran vielleicht noch weiter beteiligen, ist bis zur Stunde nicht zu sehen. Zweifelhaft ist jetzt insbesondere auch die Stellung Italiens. Wir können unter-ferst der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems beteiligt. Den Kernpunkt des Vertragswertes bildet

Der Garantiepakt.

Neben diesem Problem, aber das ein vorläufiges Einver-ständnis festgesetzt werden konnte, bestehen noch einige weitere bedeutende Punkte, die bisher noch nicht voll geklärt sind, insbesondere der Ausbau der Schiedsgerichtsverträge und die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes ein-nehmen muß. Wir hoffen in bezug auf diese Fragen, daß die sachliche Kritik, die unsere Note an den Vorschlägen der Ab-geordneten hat, die sachliche Förderung dieser Fragen zur Folge haben wird. Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichtsverfahrens der Sekundant gleichzeitig Schiedsrichter sein soll. Die deutsche Antwort wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsgerichtsverfahren zu erheben durch das subjektive Ermessen eines einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden.

Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen, die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden, das mit unserer Note angezeigte Ziel sicherzustellen.

Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz.

In dieser Erwartung bekräftigt uns die bedeutsame Tat-sache der

Räumung des Ruhrgebietes

nach vor dem vertragmäßigen Termin. Ich rede nicht an, der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß die französische und die belgische Regierung, um ihrerseits guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebietes vor dem Endtermin, dem 16. August, durchführen werden. Die französische und die belgische Regierung haben sich in dieser ihrer Entscheidung, die Londoner Vereinbarung anzuerkennen und noch vor dem 16. August das Ruhrgebiet zu räumen, nicht hüten lassen durch krasse Bemühungen des völkischen Abg. Grafen Reventlow, der nachdrücklich suchte, daß der grundlegende französische Text im Gegensatz zu der Uebersetzung des Auswärtigen Amtes die Besatzungsmächte über-haupt nicht verpflichtet, bis zum 16. August zu räumen, sondern lediglich am 16. August zur Räumung zu schreiten. Die fran-zösische und die belgische Regierung haben sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht. An der Richtigkeit der Uebersetzung des Auswärtigen Amtes konnte niemand zweifelhaft sein, der selbst an den Londoner Verhandlungen teilgenommen hat.

Ich kann vor der Öffentlichkeit sagen: Wenn in diesen letzten Wochen, in denen das Auswärtige Amt und die deutsche Reichsregierung ihre ganzen Anstrengungen darauf richteten, die Ruhr-Räumung zu sichern, und in denen wir in fortgesetzten Verhandlungen darüber fanden, ein deutscher Reichstagsabgeordneter vor der Öffentlichkeit aus-sprechen konnte, daß die Besatzungsmächte nicht gezwungen werden könnten, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal vollkommen falls und zweitens vom Standpunkt der nationalen deutschen Interessen uner-träglich.

Die Genugtuung über die Bereitwilligkeit zur Räumung des Ruhrgebietes wird dadurch bekräftigt, daß ich in der Lage

An unsere Postbezieher!

Heute noch

bestellen Sie für Monat August die „Dresdner Nachrichten“.
Für alle nach dem 25. eines Monats eingehenden Zeitungsbestellungen berechnet die Post eine Sondergebühr.

Verlag der „Dresdner Nachrichten“.